

1,- DM
Sonderdruck

Arbeiterpolitik

14. Februar
1981

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Militärputsch in der Türkei 1980



Militärputsch in der Türkei 1980

Nach dem Putsch der Militärs in der Türkei, begann die gesamte bürgerliche Presse in der BRD eine einzigartige Lohhudelei auf die türkischen Militärs. Gab es noch kritische bürgerliche Stimmen zu Militärdiktaturen in Südamerika, zu Griechenland und Chile, so blieben sie zum Putsch der türkischen Generäle aus. Die bürgerliche Presse scheute sich auch nicht, unverblümt die Ursachen für diese positive Haltung kundzutun: »Die Feststellung ist trivial, daß unser Nato-Partner Türkei, der eine 610 Kilometer lange Grenze zur Sowjetunion hat, unregierbar sei. Aber die Türkei darf nicht ihrem unheilversprechenden Schicksal überlassen werden. Dieser Staat ist kein Dominostein und darf keiner werden. Die Türkei ist die östliche Stütze der Allianz, ihr Vorposten in einem kritischen, dem Westen immer stärker entrückenden Gebiet. Hätten die Generäle nicht eingegriffen, so wären selbst die pessimistischsten Prognosen über das Schicksal des Landes noch zu gewagt gewesen.« So die »Welt« vom 13. September 1980. Und der Kommentator in der »FAZ« vom selben Datum beeilt sich festzustellen: »Die Bundesregierung hat keinen Anlaß, durch eine unfreundliche Haltung gegenüber Evren für die türkische Linke Partei zu ergreifen. Denn die Hauptgefahr kommt in der Türkei wie unter den Türken in Deutschland von links.«

Unbehelligt von den Ereignissen wird zum Zeitpunkt des Putsches in der Türkei mit Beteiligung der Bundeswehr das Nato-Manöver 'Anvil-Express' abgehalten. Das US-Außenministerium ist über den Putsch vorinformiert und macht auch keinen Hehl daraus. Der Koordinator der Türkei-»Hilfe«, Matthöfer beeilt sich, festzustellen, daß die westlichen Gelder weiterhin fließen werden. Die alten befreundeten bürgerlichen Politiker, ob Ecevit mit der SPD oder Demirel mit der CDU, werden plötzlich wie kaltgewordene Semmeln fallengelassen und für »unfähig« erklärt.

Abgeordnete, wie der SPD-Mann Fellermaier und der CDU-Mann Schwarz werden in die Türkei geschickt, um Verständnis für das Eingreifen der Militärs zu bekunden. »Hat das Morden ein Ende, ist viel gewonnen«, erklärt Brandt in der »Welt« vom 13. September 1980. Die Finanz-, Militär- und Polizeihilfe an die Südostflanke der Nato wird fortgesetzt. Nach dem Putsch schließt die BRD einen Sechshundert-Millionen-DM-Militärkredit mit den Putschisten ab. Das neue Regime in der Türkei will ein neues Paßsystem einführen und alle alten Pässe für ungültig erklären. Politisch bedenkliche Personen sollen mit Hilfe eines Informationsnetzes per Computer keine neuen Pässe erhalten. Das Know-How für den Nachrichtendienst komme bereitwillig von der BRD, rühmten sich die Putschisten.

»Die Türkei ist weder Chile noch Bolivien; auch mit dem Griechenland der Obristen ist sie nicht zu vergleichen«, kommentiert die »Zeit« vom 19. September 1980. Eine heuchlerische »kritische« Stellungnahme zu Bolivien kostet nichts, aber die Bedingungen der Wirtschaftsanierung in der Türkei als Voraussetzung der westlichen Kredite, waren ja ein entscheidender Grund für das Einschreiten der Militärs. So muß man es legitimieren, dadurch, daß man die türkischen Militärs zu »besonnenen Demokraten« erklärt. Außerdem ist die Türkei eine entscheidende Stütze der Nato, ein vorgeschobener Posten in den weichen Bauch der Sowjetunion, während Bolivien weit weg ist. Das Hemd ist einem näher als der Rock.

Zur gleichen Zeit werden in der Türkei die sozialistischen Kräfte und die Gewerkschaften zerschlagen, alle Parteien und Organisationen werden verboten, Massenverhaftungen setzen

ein, Todesurteile werden im Schnellverfahren ausgesprochen und vollstreckt.

Aber auch dies legitimiert die bürgerliche Ideologie: Dadurch sei ja nur der noch schlimmere Bürgerkrieg verhindert worden und die Maßnahmen der Militärs richteten sich ja gegen Links- wie Rechtsextremisten. Insbesondere das Vorgehen der Militärs gegen die faschistische Nationale Aktionspartei MHP und die Verhaftung ihres Führers Türkeş wird ständig hervorgehoben.

Wir als Kommunisten haben keinen Anlaß, das subjektive Wollen der Militärs zu ergründen, als ob Männer nach freiem Belieben Geschichte machen würden. Für uns ist die zentrale Frage, welche Rahmenbedingungen das Handeln der Militärs bestimmen, die ganz konsequent die Organisationen der Arbeiterbewegung zerschlagen, gleichzeitig aber vereinzelt faschistische Funktionäre festnehmen. Es gilt, nicht an der Oberfläche stecken zu bleiben, es geht darum, die Frage nach dem Charakter des Putsches zu ergründen, zu untersuchen, wie sich bürgerliche Politik bei dem gegebenen Stand der Klassenkräfte durchsetzt und welche Konsequenzen die Arbeiterbewegung in der Türkei daraus ziehen muß. Aus diesem Grunde ist es notwendig, als Grundlage des Putsches die ökonomische Situation vor dem Putsch, die Klassenkämpfe und die Auswirkungen auf die parlamentarische Herrschaftsform zu analysieren. Die Auseinandersetzungen innerhalb des herrschenden bürgerlichen Blocks vor dem Putsch müssen dabei auch mit einbezogen werden, da nur so die ökonomischen Interessen, die hinter dem Putsch stecken, deutlich werden.

Der wirtschaftliche Bankrott

Immense Inflationsraten, ständige Preissteigerungen, eine Auslandsverschuldung von 18 Milliarden Dollar, hohe Arbeitslosigkeit kennzeichnen die ökonomische Situation der Türkei seit einigen Jahren. Die Inflationsrate 1980 beträgt über 100%, ca. jeder dritte arbeitsfähige Türke ist arbeitslos. Verbunden mit dieser Situation ging eine ständige Verelendung der Bevölkerung einher. Die Deviseneinnahmen der Türkei decken noch nicht einmal die zu bezahlenden Ölimporte, die Folgen dieses Zustandes hat die Bevölkerung bereits letzten Winter zu spüren bekommen — außer Ministerien, Krankenhäusern und den Nobel-Villen der Reichen wurden keine Gebäude beheizt. Und Anatolien hat einen harten Winter mit Temperaturen bis zu minus 30 Grad.

Die Importe, die die Türkei tätigt, machen das mehrfache der exportierten Waren aus. »Der kranke Mann am Bosphorus« ist ohne Stützung des Westens nicht mehr überlebensfähig.

Die Grundlagen für den gegenwärtigen Zustand der türkischen Ökonomie müssen in der vom Ausland abhängigen kapitalistischen Entwicklung gesucht werden. Unter Beteiligung von ausländischem Kapital wurde eine Industrialisierung vorangetrieben, die entscheidend geprägt ist durch Industriezweige, die langlebige Konsumgüter produzieren und binnenmarktorientiert sind. Diese Betriebe, die techno-

Inhaltsverzeichnis

Militärputsch in der Türkei 1980	2
Einige Anmerkungen zur Entwicklung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der Türkei	7
Wie DGB-Bürokraten Solidarität mit Türk-Is-Bürokraten organisieren	11
Warum haben die türkischen Faschisten Einfluß bei den Arbeitern (aus Arbeiterpolitik Nr. 7/1980)	14

¹ Doch inzwischen ist diese Lohhudelei einer vorsichtigeren Betrachtungsweise gewichen.

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Gunter Kuhlmann · Herstellung und Vertrieb: GFSA · Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V. Postfach 1502 47 · 2800 Bremen 15



- * US logistische Einheit
- ⊙ US Militärmission
- ★ US Horchposten
- ☐ NATO HQ Südost (Hauptquartier)
- △ NATO Militärstützpunkt
- ② NATO HQ Nordost
- ▲ NATO Frühwarnposten
- ◇ US nukleares Luftwaffenlager
- ⊕ US nukleares Heerwaffenlager
- ⊠ NATO Nuklearwaffenlager
- ③ NATO taktisches Luftwaffen HQ
- ☒ NATO Geschützstation

logisch auf einem relativ rückständigen Niveau arbeiten, und deren Waren auf den ausländischen Märkten gar nicht konkurrenzfähig sind, konnten sich durch die hohe Schutz-zölpolitik der Türkei Extraprofite sichern. Sie weisen einen hohen Konzentrationsgrad auf, z. B. Metallverarbeitung oder Chemie. Es sind die Industriebereiche, in die vorzugsweise ausländisches Kapital strömte und wo die türkischen Militärs über ihren Konzern OYAK erhebliche Beteiligungen haben. So ist z. B. Renault-Türkei-Automobilwerke ein OYAK-Konzern. Und alle höheren Offiziere sind per se Aktienteilhaber.

Schwachpunkt der Industriestruktur ist, daß sie Rohstoffe und Vorprodukte aus dem Ausland importieren und in Devisen zahlen muß, gleichzeitig aber aufgrund der technologischen Rückständigkeit gar nicht in der Lage ist, auf ausländischen Märkten zu konkurrieren. Ein Beispiel: Die Herstellungskosten für einen Kühlschrank belaufen sich auf 340 Dollar. Der Verkaufspreis in der Türkei beträgt 440 Dollar und ein sehr geringer Prozentsatz wird vom Unternehmen zum Preis von 191 Dollar exportiert.

Betrachtet man die Exportbilanzen der Türkei, so machen landwirtschaftliche Produkte immer noch ca. 60% des Gesamtexportes aus, und der Industriewarenexport wird entscheidend nicht durch die oben skizzierten Industriezweige bestimmt, sondern durch die Textilindustrie, die seit jeher exportorientiert ist. Die Entwicklung auf dem Weltmarkt, die schwere Absetzbarkeit agrarischer Produkte, die steigende Preisentwicklung der Importwaren, die die verarbeitende Industrie benötigt, verbunden mit den steigenden Ölpreiserhöhungen, haben der türkische Ökonomie den Rest gegeben. Wobei noch anzumerken ist, daß unter dem Druck multinationaler Energiekonzerne die Abhängigkeit der Industrie von Erdöl forciert wurde.

In der Vergangenheit wurde die Energiegewinnung einseitig auf Öl aufgebaut, statt vorhandene eigene Energiequelle wie Wasser oder Kohle zu nutzen.

Nur die Milliardenkredite des IWF (Internationaler Währungs-fond) haben den endgültigen Kollaps vorläufig verhindert. Doch vor ihrer Vergabe wurden Bedingungen an die

Türkei gestellt. »Korrektur von wirtschaftlichen Fehlern der Vergangenheit«, so Matthöfer, (FR 2. 7. 1980) nannte man dies. Als ob die Ursache der Krise in »Fehlern« liegen würde und nicht in der verkrüppelten Industriestruktur der Türkei, die die kapitalistische Entwicklung selber hervorgebracht hat. »Exportorientierung« hieß die Wunderwaffe, und in diesem Sinne wurde auf Geheiß des Internationalen Währungsfonds von der Demirel-Regierung im Januar 1980 ein Maßnahmenpaket verabschiedet. Abwertung des türkischen Pfunds um 50%, Drosselung der Importe, Aufhebung der Subventionen für die staatlichen Betriebe KIT (öffentliche Wirtschaftsunternehmen) und ihre »Kostenorientierung«, Neugestaltung der Kreditvergabe und der Zinssätze, und besondere Erleichterung für exportierte Unternehmen. Unmittelbar nach Bekanntgabe des Maßnahmenpaketes gingen die Preise in die Höhe — die der markttscheidenden Waren des täglichen Bedarfs um mehrere 100% —, »die Inlandsnachfrage sinkt« stellten Ökonomen fest, die Lohnabhängigen erfahren es am eigenen Leibe, mit ihrem Lohn können sie sich nichts mehr kaufen. Zuwenig um zu leben, zuviel um zu sterben.

Es kommt nicht von ungefähr, daß das Memorandum der Militärs mit der Aufforderung an die Regierung und die bürgerlichen Parteien, härter durchzugreifen, in die Vorbereitungsphase vor der Durchführung des wirtschaftlichen Maßnahmenpaketes von Januar 1980 fällt, und unmittelbar nach Verkündung der Abwertung um 50% vom 24. Januar 1980, Stück für Stück neue Repressionsgesetze im Rahmen des »Maßnahmenpaketes gegen Anarchie« verabschiedet werden. Sie waren bereits von der Ecevit-Regierung vorbereitet worden, von der Demirel-Regierung wurden sie durchgeführt. Die Wirtschaftsmaßnahmen der Demirel-Regierung im Verlauf des Jahres 1980 bis zum Putsch treffen im Übrigen nicht nur die Lohnabhängigen, sondern ebenfalls den gesamten Mittelstand, die kleinen Unternehmen und Händler, sowie die Klein- und Mittelbauern. Die Verteuerung der Agrarprodukte, die staatlicherseits abgekauft wurden, hält der Verteuerung der Industrieprodukte nicht stand. Die Preisrelation auf dem türkischen Markt zwischen Industrie- und Agrarprodukten verschlechtert sich ständig zu Ungunsten der agrarischen Produkte. Setzt man die Relation März 1978 100 zu 100, so beträgt sie im September 1979 bereits 71,2 zu 100. Die Abwertungen im Verlauf des Jahres 1980 haben den Prozeß noch weiter vorangetrieben. Die staatlichen Einkaufspreise für Agrarprodukte des Jahres 1980 sind um 80—100% erhöht worden. Die Lage der Klein- und Mittelbauern ist trotzdem trostlos. Allein im Verlauf der Preiserhöhungen nach dem 24. Januar 1980 ist Heizöl um 100%, Diesel um 120%, Elektrizität um 250% und Dünger gar um 400% gestiegen.

Die Freigabe der Zinssätze der Banken im Juni 1980 traf ebenfalls die mittelständischen Unternehmer hart. Diese Maßnahme übrigens hatte entscheidende Auswirkungen auf die Gerechtigkeitspartei AP, die innerhalb ihrer eigenen Reihen auf erbitterten Widerstand traf. Wir werden darauf noch im Zusammenhang der Zersetzung des parlamentarischen Regimes eingehen. Hauptmotor in der Demirel-Regierung für die Durchsetzung dieser Maßnahmen war Turgut Özal, ehemals Chef des Arbeitgeberverbandes Metall (MESS), jetzt Wirtschaftsexperte der Putschisten in der Regierung. Es ist im übrigen nicht so, daß Matthöfer und Co.,



Schützenpanzer in Istanbul

als sie der Demirel-Regierung das Sanierungsprogramm als Bedingung westlicher Kredite aufoktroyierten, sich nicht der sozialen Explosivkraft dieser Maßnahmen bewußt gewesen wären. Nach Verkündung des Januar-Paketes sagte Matthöfer: »Die schlechte ökonomische Lage in der sich die Türkei befindet, kann für dieses Land, wie auch für die NATO, schlechte Ergebnisse bringen. Aus diesem Grund muß der Türkei neben ökonomischer auch militärische Hilfe geleistet werden.« (Matthöfer nach seinem Türkei-Besuch am 22. 2. 1980, TAZ vom 1. 4. 1980) Der Putsch war nur letztendliche Konsequenz, als die parlamentarisch-bürgerlichen Parteien mit der Lage nicht fertig wurden. Wir wollen im folgenden die Zersetzung der bürgerlich-parlamentarischen Parteien und des Parlamentarismus angesichts der Wirtschaftskrise nachzeichnen, die den politischen Boden für die erfolgreiche Durchführung des Putsches abgegeben hat.

Zersetzung des Parlamentarismus

a) Der Niedergang der Sozialdemokratie

Nach den Wahlen von 1973, im Anschluß an die zweijährige Militärherrschaft, die allerdings parlamentarisch gestützt wurde, erlebte die politische Mobilisierung in der Türkei ihren Höhepunkt. Die gesellschaftliche Opposition, die nach Veränderungen strebte, hoffte auf den, von der Sozialdemokratie propagierten reformerischen Weg zum Sozialismus. Es wurde der größte Wahlsieg der CHP (Republikanische Volkspartei) seit es freie Wahlen in der Türkei gibt. Ecevit war Symbolfigur dieser neuen Entwicklung, die nach Systemveränderung strebte. Hunderttausende jubelten Ecevit zu, als er auf Wahlkampfveranstaltungen erklärte: »Eine Türkei ohne Ausbeuter und ohne Ausgebeutete«, als er eine Liberalisierung des türkischen Strafgesetzbuches versprach, um die türkischen Kommunisten zu legalisieren. »Unsere Hoffnung: Ecevit«, schrien die Massen. Aber auch die Sozialdemokraten konnten nur die kapitalistische Krise verwalten, und da nunmal der bankrotte türkische Kapitalismus keine Konzessionsmöglichkeiten an die Arbeiterschaft bieten konnte, sind die Hoffnungen und Erwartungen in den Jahren sozialdemokratischer Regierungstätigkeit zerstört worden.

Ecevit legalisierte nicht die türkische KP, er wirkte mit an der Schaffung neuer repressiver Anti-Terror- und Polizeigesetze. Als Premier erklärte er Arbeitsniederlegungen des Gewerkschaftsverbandes DISK gegen die faschistische Gefahr für illegal und ließ die Staatsanwaltschaft gegen sie ermitteln. Aus seinen Versprechungen wurde nicht Wirklichkeit, sondern ein Trümmerhaufen. Die Massen, insbesondere die Arbeiterschaft, die ihm 1973 noch gefolgt war, wandte sich von ihm ab. Deutlich wird dies, wenn man bedenkt, daß die Massenorganisationen, die ein entsprechendes Wählerpotential der Sozialdemokratie ausmachen, wie Gewerkschaften, Lehrerverband, Beamtenverband etc. alle links von der Sozialdemokratie stehende Führungen hatten.

Die radikale Linke in ihrer Zerstrittenheit war nicht in der Lage, das durch die Sozialdemokratie hinterlassene politische Vakuum auszufüllen. Ecevit pflegte den Arbeitern immer zu sagen, geht nicht zu weit. Eure außerparlamentarischen Aktionen schwächen nur unsere Position. Überlaßt den Kampf gegen den Faschismus uns, der Regierung, dem Parlament. Er spielte geschickt auf die Gefahr eines Militärputsches an, die drohe, falls die Arbeiterschaft eigenständig den antifaschistischen Kampf führe.

Die Sozialdemokratie hat versucht, die Arbeiterschaft mit dem »Argument« hinzuhalten, daß die wirtschaftliche Krisensituation es nicht erlaubt, eine Erweiterung der demokratischen Rechte vorzunehmen. So erwies sich die Sozialdemokratie — 73 noch als Champion für die Erweiterung politischer Rechte angetreten — in der Regierungsverantwortung als Initiator von Repressionsgesetzen. Sie konnte die Arbeiterschaft nicht mobilisieren, da deren Bewegung über den Rahmen der bürgerlichen Ordnung hinausgegangen wäre. So blieb ihr nichts anderes übrig, als an die anderen bürgerlichen Parteien, insbesondere die Gerechtigkeitspartei AP zu appellieren, gemeinsam der wirtschaftlichen Krise und des faschistischen Terrors Herr zu werden, damit der bürgerliche Staat und die bürgerliche Demokratie gerettet würden.



Verhaftungen während der Ecevit-Regierungszeit

Während der Zeit der Demirel-Regierung bis zum Putsch, hat sie ständig der Gerechtigkeitspartei AP eine breite Regierungskoalition angeboten. Selbst bei der Ermordung ihrer eigenen Parteimitglieder kapituliert sie: Der Staatsminister Orhan Eren in der Demirel-Regierung gab anlässlich der Ermordung einiger CHP-Funktionäre ein Interview an Journalisten. »Die Ermordeten sind keine normalen CHPler. Falls ich ihre Aufmerksamkeit darauf lenken kann, die normalen CHPler werden sowieso nicht umgebracht.« Das war die einzigartige Provokation. Und als eine Trauerkundgebung vor dem CHP-Parteizentrum anlässlich der Ermordung eines hohen CHP-Funktionärs aus Nesehir in Ankara stattfindet, tut sich der CHP-Vorstand und ihr Redner Ecevit dadurch hervor, daß er die versammelte Masse, die »Nieder mit dem Faschismus« ruft und eine Demonstration durch die Stadt fordert, zum Schweigen bringt, und ihr »Fügt euch den Regeln« zuruft. Die Mehrheit der Versammelten bildet trotz der Appelle Ecevits eine Demonstration. Ecevit übt sich statt dessen darin, die gemeinsamen bürgerlichen Interessen zur Gerechtigkeitspartei hervorzuheben und eine breite Regierungskoalition zu fordern. »Um eine gemeinsame Haltung gegenüber der Anarchie und dem Terror einzunehmen, ist die Regierungs-Verantwortung zusammen zu tragen. Eine breitgetragene Regierung ist nicht nur der Ausweg für unsere Demokratie, unseren Staat, unsere Nation, sondern auch für die Gerechtigkeitspartei. Wir glauben daran. Falls dies aber nicht erfolgt, eröffnen sich neue Wege, daß diese Regierung ihr Ende nimmt.« (Cumhuriyet vom 30. 5. 1980)

b) Die Gerechtigkeitspartei AP

Nicht nur die Sozialdemokratie verliert ihre entscheidende Stütze, die Arbeiterschaft, ebenfalls die Gerechtigkeitspartei kann ihre Rolle als Mittlerin im bürgerlichen Block nicht mehr wahrnehmen. Kleinere Kapitalfraktionen müssen ausgeschaltet werden, das ist Konsequenz der Bedingungen, die der Internationale Währungsfonds gestellt hat, und die Gerechtigkeitspartei muß — selbst um den Preis, ihre eigene Basis zu enttäuschen — diese neuen Maßnahmen durchsetzen. Sie kann sich ebensowenig wie die Sozialdemokraten der Logik der kapitalistischen Entwicklung entziehen.

Um die Lage zu veranschaulichen genügt es, auch hier eine kompetente Figur zu zitieren, den Vorsitzenden der Istanbuler Industrie-Kammer Muratza Celikel, der die kleinen und mittleren Unternehmer vertritt. Anlässlich der Maßnahme der Demirel-Regierung, die Zinssätze der Banken freizugeben, was dazu führte, daß die Kreditaufnahme kleinerer Händler und Unternehmer bei den hohen Zinssätzen unmöglich gemacht wurde, sagte Celikel auf einer Tagung der Istanbuler Industriekammer: »Mit diesen Beschlüssen des Staatssekretariates Turgut Özal, der eindeutig Sprecher und Praktiker der großen Holdings ist, wird die Ökonomie in die Hände von 20 Familien geraten ... Es ist offenkundig geworden, wessen Interessen Özal vertritt. Was wir nicht verstehen, ist, daß die Regierung und die Gerechtigkeitspartei diesen Beschlüssen Özals entspricht. Dies ist erstaunlich, weil die Gerechtigkeitspartei durch diese Beschlüsse den Mittelstand, der ihr die



Der ermordete Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft MADEN-Is, Kemal Türkler

Stimmen gibt, vernichtet. Es wird interessant, wie sie dies der Basis erklären wird. (vom 11. 6. 1980)

Vielleicht versteht dieser Herr nach dem Putsch besser. Die Putschisten haben nicht wie die bürgerlich-parlamentarischen Parteien große Legitimationsschwierigkeiten.

Die faschistische Bewegung

Die Zersetzung des Parlamentarismus war auch Grundlage für das Erstarren der faschistischen Bewegung und des politischen Terros. Den politischen Terror kennt die Türkei allerdings schon lange, Mordanschläge auf führende Persönlichkeiten der Linken, wie die Ermordung Kemal Türklers, des Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft, sind an der Tagesordnung. Dennoch muß eine Unterscheidung vorgenommen werden zwischen individuellem Terror gegen Linke und kollektiv begangenen Massenmorden. In letzteren Fällen waren es nicht ein paar faschistische Mörder, sondern fanatisierte faschistische Massen, die ein Blutbad anrichteten, ganze Stadtviertel verwüsteten und in Brand steckten. Malatya, Kahramanmaraş und zuletzt Corum sind Beispiele für solch begangenen kollektiven Massenmord. Klarheit über die Grundlagen der faschistischen Massenbasis in dieser Region schafft erst die Voraussetzung das Terrorproblem zu lösen und nicht der Hinweis auf »extremistische Ideen«.

Die Klassenbasis des türkischen Faschismus

Alle politisch motivierten Massenmorde und größere Aktionen, wo die faschistische Nationale Aktionspartei (MHP)-Massen in Bewegung setzen konnte, spielten sich im geographischen Dreieck Corum-Erzurum-Gaziantep ab, welches in Mittelanatolien gelegen ist. Es sind die Regionen, wo bei Wahlen die Nationale Aktionspartei MHP die relativ meisten Stimmen erhält, was aber noch keineswegs ihre endgültige Stärke ausdrückt. Viele Wähler in dieser Region sind noch bereit, der Gerechtigkeitspartei AP bei Wahlen zu folgen, die die Religion, den Antikommunismus und Nationalismus bei Wahlen thematisieren kann. Wenn es aber um außerparlamentarische Bewegung, um Inszenierung von Aktionen geht, stellt die Gerechtigkeitspartei AP im Vergleich zu der über ein hervorragend gutes Organisationsnetz mit paramilitärischen Schlagtruppen verfügende Nationale Aktionspartei MHP ein Nichts dar.

Das Gebiet, welches im Dreieck Corum-Erzurum-Gaziantep liegt, weist bezüglich der vertretenen religiösen Richtungen und Nationalitäten und bezüglich der ökonomischen Verhältnisse zur Rest-Türkei Besonderheiten auf. Lebt in der Westtürkei hauptsächlich eine türkische Bevölkerung und in der Osttürkei eine kurdische Bevölkerung, so zeichnet sich Mittelanatolien gerade durch die paritätische Verteilung beider Nationalitätengruppen — Türken und Kurden — aus. Die großen religiösen Richtungen im Islam, Sunniten und Alawiten (aus der Richtung des Schiitismus hervorgegangen) sind nahezu gleichstark in dieser Region vertreten, wobei die türkische Bevölkerungsgruppe in der Regel sunnitisch und die kurdische Bevölkerungsgruppe in der Regel alawitisch ist.

Die sunnitische Bevölkerungsgruppe hat seit dem osmanischen Reich zur herrschenden Klasse gehört. Diese in der Türkei ökonomisch rückständigste Region mit halbfeudalen Strukturen ist im letzten Jahrzehnt sehr stark durch die kapitalistische Entwicklung erfaßt worden. Die Produktions-

formen wandelten sich. Die Landwirtschaft wurde mechanisiert und nach kapitalistischen Maßstäben bewirtschaftet, der bisher beschränkte regionale Markt wurde in den nationalen eingegliedert.

Die Masse der sunnitischen Oberschicht, insbesondere weite Teile der Handelstreibenden, wurden durch die kapitalistische Entwicklung sozial deklassiert. Nur wenige schafften es, sich mit dem eindringenden Istanbul Kapital zu arrangieren, und sich der Entwicklung anzupassen. Dies war die Grundlage, auf dem sich faschistisches Gedankengut ausbreiten konnte — zurück zu den guten alten vorkapitalistischen Verhältnissen, wo die Istanbul Monopole ihre Existenz noch nicht bedrohten. Die Faschisten haben geschickt die Deklassierung der sunnitischen Bevölkerungsteile aufgegriffen, haben sie gegen die Alawiten aufgehetzt, die angeblich Schuld an dieser Entwicklung waren.

Von Moscheen aus sind fanatisierte Massen aufgerufen worden, in Alawiten-Wohngebieten bei den »Kommunisten« zu morden. Sie haben es erfolgreich praktiziert.

Sivas-Malatya-Kahramanmaraş-Corum: Hunderte Ermordete, selbst die Kinder wurden nicht ausgenommen.

Die Zersetzung des Staatsapparates

Nicht allein, daß die großen parlamentarischen Parteien aufgrund der ökonomischen Krise ihre Integrationsfähigkeit verloren hatten, auch der Staatsapparat war längst nicht mehr für den bürgerlichen Staat einsetzbar. Die Polizeiverbände, der linke Pol-Der und der faschistische Pol-Bir verfügten über starke Bastionen in der Polizei. Auch deren Verbot merzte nicht die Gedanken in den Köpfen der Polizisten aus. Weite Teile der Beamtenschaft, insbesondere untere Beamte, sympathisierten mit der Linken. Innerhalb der Beamtenschaft bekämpften sich der recht und linke Flügel bis aufs Messer. Selbst Ministerien blieben nicht von politisch motivierten Schlägereien und Schießereien innerhalb der Amtsgebäude verschont.

Der Widerstand im Arbeitslager

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Demirel-Regierung im Verlauf des Jahres 1980, die damit verbundenen immensen Preissteigerungen und die Verelendung der Arbeiterschaft trafen auf Widerstand. Vor dem Putsch befanden sich 48 000 Arbeiter im Streik, davon waren 41 000 in DISK-Gewerkschaften organisiert. In entscheidenden Branchen wurden Tarifverhandlungen geführt, die ergebnislos blieben, und eine große Streikwelle wurde erwartet. Die Logik der marktpolitischen Sanierungsprogramme bedingte, daß keine Konzessionen an die Arbeiterschaft gemacht werden durften, Turgut Özal arbeitete eigens daran, das Unternehmerlager politisch zu formieren. Anlässlich der anstehenden Tarifverhandlungen verschickte er am 25. Juni 1980 ein Schreiben verbunden mit einer Drohung an einzelne Unternehmer, die aus der »Generallinie« aufgrund guter betrieblicher Konjunktur auszuscheren versuchten. Die »Generallinie« heißt Einfrierung der alten Tarifverträge — und dies bei Preissteigerungen um mehrere hundert Prozent.

Zuvor hatte die Demirel-Regierung Erfolg dabei, mit Türk-Is Rahmenrichtlinien zur Begrenzung der Lohnhöhe im Staatssektor zu vereinbaren, aber es war kaum anzunehmen, daß sich die Arbeiter, die in Türk-Is organisiert sind, daran gehalten hätten. Ganz abgesehen davon, blieben die privaten Konsumgüterindustrien, wo die DISK entscheidenden Einfluß ausübt, hiervon unberührt.

Die »Kostenorientierung« der staatlichen Betriebe KIT, die damit verbundene Entlassung tausender Arbeiter traf ebenfalls auf erbitterten Widerstand. Februar 1980 wurde die staatliche Spinnerei Taris in Izmir nach Verkündung tausender Entlassungen durch die Demirel-Regierung, durch die Arbeiter besetzt. Nur durch den Einsatz von 10 000 Soldaten, Hubschraubern und Panzerwagen konnte der Widerstand in Izmir gebrochen werden. Tausende Arbeiter wurden durch Militär ins Sportstadion gefepchert, die Gefängnisse reichten nicht aus.

Die außenpolitische Bedeutung

Hinzu kommt noch die außenpolitische Konstellation, daß die USA über eine sichere Stütze verfügen müssen, um den »unruhigen« Nahen Osten unter Kontrolle zu halten. Kurz vor

dem Putsch kam es zu heftigen parlamentarischen Debatten anlässlich der Paraphierung eines bilateralen Militärabkommens mit den USA. Die Auseinandersetzungen gipfelten in dem Sturz des Außenministers der Demirel-Regierung, Erkmen, durch die CHP und die islamisch ausgerichtete MSP (Nationale Heilspartei).

Nach dem Putsch zeigte man sich zuversichtlicher. In dem insgesamt höchst interessanten Interview, das NATO-Generalsekretär Luns der Tageszeitung Cumhuriyet gibt, äußerst er sich zur strategischen Bedeutung der Türkei. Cumhuriyet: *«Vergangene Woche haben die NATO-Verteidigungsminister die Bedeutung von ‚Transiterleichterungen‘ für die Verteidigung des Golfes hervorgehoben. Welche Bedeutung spielt die Türkei vom Blickwinkel der Transiterleichterungen?»* Luns: *«Es kann nicht gesagt werden, daß es undenkbar ist, daß in einem bestimmte Moment die USA ein Ersuchen in dieser Richtung stellen. Darüber können wir uns dann Gedanken machen. Allerdings ist es äußerst natürlich, daß ein Land, dessen Interessen in dieselbe Richtung gehen, hier Hilfestellung leistet. Von diesem Gesichtspunkt aus glaube ich nicht, daß irgendwelche Schwierigkeiten auftreten werden.»* (Cumhuriyet 23. Dez. 1980)

Der Putsch der Militärs

Der Militärputsch am 12. September 1980 kam nicht unerwartet, ja er mußte den logischen Endpunkt der ökonomischen Maßnahmenpakete mit ihren politischen und sozialen Folgen darstellen. Die bürgerlich-parlamentarischen Parteien stehen vor ihrem politischen Bankrott. Sie haben keine Basis mehr. Die Sozialdemokratie hat ihre Sympathien in der Arbeiterschaft verloren, kann keine integrative Rolle mehr spielen, die Gerechtigkeitspartei AP erfüllt ihre Funktion als politische Kompromißpartei innerhalb des bürgerlichen Blocks nicht mehr. Die wachsenden sozialistischen Strömungen gewinnen zwar zunehmend an Einfluß, können aber keine zentrale politische Alternative aufweisen. Ebenso die faschistische Bewegung, die allein auf sich gestellt die politische Macht nicht erringen kann. Sie fordert unablässig im Verlauf des Jahres 1980 die Militärs zum Eingreifen auf, mit der Perspektive, mit ihnen kollaborieren zu können. Die einzig noch intakte Institution des bürgerlichen Staatsapparates, die Armee, greift ein, um die bürgerliche Ordnung aufrechtzuerhalten.

Schon am 1. Januar 1980 hatten die Militärs eine Erklärung verabschiedet, wo sie den politischen Parteien Passivität bei der Ergreifung von Maßnahmen gegen jederlei Bestrebungen, den Staat zu zersetzen, vorwarfen. Die Forderung nach energischen Maßnahmen ergab sich ihrer Meinung nach aus folgenden Beobachtungen: Widerstandsformen der Linken anlässlich des Jahrestages des Massakers von Kahramanmaraş, öffentliches Singen der Internationale und Auftreten



Kahramanmaraş: Flucht vor Faschisten

von Förderern des Seriat Systems (Verfassungs- und Gesetzeskonstruktion, die auf islamischer Weltanschauung beruht. Die Türkei versteht sich als religionsneutraler Staat). Der Vorsitzende der Istanbuler Handelskammer dankte schon damals der Erklärung der Militärs. *«Ihr habt unseren Gedanken ausgedrückt, hoffentlich fügen sich unsere Politiker dieser Warnung.»* Sie taten es nicht.

Der Putsch verlief unblutig und es herrschte unmittelbar nach dem Putsch ‚Ruhe‘ im Land, lobte die bürgerliche Presse. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß das Militär genau in der

oben beschriebenen gesellschaftlichen Pattsituation eingriff. Indes, das wahre Gesicht der Junta entpuppte sich schnell. Nach offiziellen Angaben der Militärs sind an die 20 000 Personen verhaftet, über hundert Todesurteile sind gefällt, 4 sind bereits vollstreckt, seit dem Putsch sind Hunderte bei sogenannten ‚Operationen‘ ‚umgekommen‘. Die Unterdrückung in Türkisch-Kurdistan erlebte ihren Höhepunkt. Staatlich legitimierte Morde sind an der Tagesordnung. Zählte man vor dem Putsch die Opfer des faschistischen Terrors, so kann man heute die Todesopfer der Militärkommandos zählen.

Hauptstoßrichtung des Putsches ist die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, eine der ersten Amtshandlungen der Militärs war es, die DISK zu verbieten und Hunderte ihrer Funktionäre zu verhaften. Streiks sind verboten, nach dem Putsch fortgeführte Streiks wurden durch Militär zerschlagen.

Der »nationale Sicherheitsrat«, die Putschisten mit ihren OYAK-Aktiven in den Safes ihrer Villen, beschließen nunmehr, was die »wahren Interessen« des türkischen Arbeiters sind. Welch ein Zynismus, zu beschließen, daß während des Putsches im Streik befindliche Arbeiter 70% Lohnerhöhung erhalten — übrigens nur ein geringer Teil des Inflationsausgleiches, den die Arbeiter forderten — um ein paar Tage später die staatlich festgelegten Preise von Grundnahrungsmitteln, wie Käse, rigide heraufzusetzen. Bereits vorher waren die Reallohne der Arbeiter erheblich — bis zu 50% im Zeitraum Mai 1979 bis Mai 1980, so Untersuchungen der Sozialversicherung — gesunken. Manchmal kommen auch nach dem Putsch Anzeichen der Lage der Werkstätigen zum Vorschein. So berechnete eine Kommission in der Istanbuler Stadtverwaltung, daß der Fleischverbrauch im Laufe des Jahres 1980 um 60% gesunken ist. (Cumhuriyet 8. Oktober 1980)

Aus dem Munde des jetzt stellvertretenden Ministerpräsidenten Turgut Özal, dessen Karriere nach dem Putsch für den »Economist« ein »gutes Omen« ist, hört sich das folgendermaßen an: *«In der Türkei muß jeder die ihm zustehenden Aufgaben erfüllen. Jeder von uns muß sparen. Das türkische Volk wird vielleicht 3-4 Jahre in Mangel leben, aber nach dieser Phase werden wir eine reparierte, gesunde Ökonomie erlangt haben.»* (Cumhuriyet v. 19.10.1980). In derselben Zeitung appelliert Türk-Is Vorsitzender Denizcier anlässlich des Opferfestes an die Arbeiter: *«Die Aufgabe, die unseren Arbeitern zufällt ist, die Produktion zu erhöhen, an den Arbeitsstätten die Arbeit zu intensivieren, einen Beitrag zur Genesung der Wirtschaft zu tragen.»*

«Haben Sie über die Möglichkeiten des Neuwirkens der verbotenen Gewerkschaften diskutiert?»

«Das ist ein Thema, das uns nicht interessiert, deshalb haben wir es nicht angesprochen.»

Die Antwort des Türk-Is Vorsitzenden Ibrahim Denizcier nach einer Dreierkonferenz mit Ministerpräsident Ulusu und dem Chef der Arbeitgeberverbände Narin am 10. Oktober auf die Frage eines Journalisten (Cumhuriyet v. 11. Oktober 1980)

Parallel zur Zerschlagung der freien Gewerkschaftsbewegung, bedienen sich die Militärs der Zusammenarbeit mit Türk-Is — und dies geht vorstatten, obwohl mehrere sozialdemokratisch ausgerichtete Einzelgewerkschaften innerhalb des Dachverbandes Türk-Is ebenfalls vom Verbot betroffen sind. Sadik Side, Generalsekretär von Türk-Is, übernimmt gleichzeitig den Posten des Arbeitsministers. Die »Nationalisierung« der Gewerkschaften unter staatlicher Kontrolle und Lenkung soll vorangetrieben werden.

Gleichzeitig werden die kleineren Kapitalfraktionen, ohne in die Legitimationsschwierigkeiten parlamentarischer Parteien zu kommen, liquidiert, ebenso wird die Privatisierung der staatlichen Monopole vorangetrieben. Alle Ressourcen sollen für die Exportorientierung der privaten Großunternehmen nutzbar gemacht werden. Schon Demirel redete von der Aufhebung des staatlichen Zigarettenherstellungsmonopols. Die Militärs heben es kurz und bündig per Kabinettsbeschluss auf. Das Skurile liegt darin, daß einer der ersten Großunternehmen, die sich auf diesem Gebiet engagieren der militäreigene OYAK-Konzern ist.

Die direkte Verflechtung der Militärs mit der vom Ausland abhängigen türkischen Industriebourgeoisie mittels des OYAK-Konzerns macht auch ihren Widerspruch zur faschisti-

